

Geheimnisse des Seltenerd-Abkommens zwischen USA und Ukraine

27 Feb. 2025 21:35 Uhr

Beim Rohstoffabkommen zwischen den Vereinigten Staaten und der Ukraine geht es um mehr als den bloßen Zugang zu Bodenschätzen. Die Vereinbarung ermöglicht Washington, die Ukraine vollständig in eine Kolonie zu verwandeln.



Quelle: Gettyimages.ru © masterSergeant
Symbolbild

Von Sergei Sawtschuk

Dank der nicht endenden Show unter funkensprühender Leitung von Donald Trump haben sich selbst hoffnungslose Faulpelze, die den gesamten Schulkurs der Chemie durchgeschlafen haben, an den Begriff Seltenerdmetalle erinnert. Diskussionen über das Abkommen des Jahrhunderts zwischen Kiew in Washington werden in russischen Medien meist in emotional-scherzhaftem Ton geführt, obwohl die Lage äußerst ernst ist.

Kann die Ukraine den Appetit der neuen US-Administration sättigen, und was hat das mit der historischen Transformation globaler Imperien zu tun? Ausschließlich Fakten ohne jegliche Frivolitäten.

Trump behauptet, dass er das in die militärische Unterstützung der Ukraine investierte Geld zurückerhalten will. Es ist von einer atemberaubenden Summe von einer Billion US-Dollar die Rede, doch wir nutzen die gemäßigeren, früher genannten 500 Milliarden Dollar.

Zuerst sei festgehalten, dass die Summe der Ansprüche komplett beliebig ist und aus den Fingern gesaugt wurde. Einschätzungen westlicher finanzanalytischer Agenturen zufolge erscheint der Betrag von 75 Milliarden am realistischsten. Sind ukrainische Bodenschatzvorräte in der Lage, in absehbarer Perspektive auf dem Konto des "Fonds zum Wiederaufbau der Ukraine" den geforderten Betrag zu akkumulieren, selbst wenn sie unter die totale Kontrolle Washingtons gestellt werden? Nein, das ist nicht einmal theoretisch möglich. Der Wert sämtlicher Bodenschatzvorräte der Ukraine wird auf 14 Billionen US-Dollar geschätzt, doch diese Ziffer ist gänzlich spekulativ. Erstens deswegen, weil sich der Großteil der Bodenschätze entweder bereits unter der Kontrolle der russischen Armee befindet oder sehr bald unter sie geraten wird. Zweitens wird hierbei absolut alles eingerechnet, was unter der Schwarzerde des Landes zu finden ist: Kohle, Eisen, Mangan, Salze, Torf, Phosphorite, Gas und sogar Germanium.

Laut dem offiziellen Bericht des Finanzministeriums der Ukraine für das Jahr 2023 betrug das Bruttoeinkommen der gesamten Förderindustrie des Landes 262 Milliarden Griwna, was nach dem gegenwärtigen Kurs knapp sieben Milliarden US-Dollar entspricht. Merken wir noch mal an: Es geht um das Einkommen der gesamten Branche, dabei werden für das Jahr 2024 noch geringere Beträge erwartet. Das heißt, selbst wenn theoretisch die ukrainische Bodenschatzförderung gänzlich aufgelöst und bis auf den letzten Cent an das errichtete Fonds übergeben worden wäre, wären 70 Jahre nötig, um die geplante Bilanz zu erreichen. Die zweite Schwierigkeit, die gern ausgelassen wird, besteht darin, dass es in den USA keine staatliche, sondern nur private Förderunternehmen gibt. Zu den größten von ihnen zählen Freeport-McMoRan mit 24 Milliarden US-Dollar Einnahmen im Jahr 2024, Cleveland-Cliffs mit 22 Milliarden, Newmont Minings mit 13 Milliarden und Southern Copper Corporation mit zehn Milliarden. Es gibt auch kleinere Akteure wie US Silica Holdings, Compass Minerals, Hecla Mining oder Royal Gold, die Umsätze zwischen einer und zwei Milliarden erzielen. All das sind Unternehmen, die sich auf die Förderung von Erzen spezialisieren – vor allem von Gold, Eisen, Kupfer, Nickel, Titan und Molybdän, nach denen starke Nachfrage besteht.

Für die erste Gruppe dieser Unternehmen ist die Ukraine wegen ihres geringen Marktvolumens uninteressant. Die Zweiteren könnten dorthin gehen, doch es sind private Unternehmen, und sie werden ganz sicher nicht ihren gesamten Erlös an irgendeine Stiftung abgeben, auch wenn sie dreimal vom Weißen Haus verwaltet wird. Das heißt, dass sich die Rentabilitätsschwelle des Fonds noch vor der Unterzeichnung des Abkommens hinter den Horizont verschiebt.

Kennt Trump diese Berechnungen? Zweifellos. Der geologische Dienst der USA (USGS) gilt zu Recht als einer der besten der Welt und hat Washington sicher noch detailliertere Berechnungen vorgelegt.

Warum drängt also das Team des neuen Präsidenten Kiew buchstäblich unter vorgehaltener Pistole so beharrlich dazu, ein scheinbar a priori unerfüllbares Abkommen zu unterzeichnen? Die Antwort liegt in der Ebene der Geopolitik und Makroökonomie.

Wie immer bei einem großen Spiel verlaufen globale Prozesse nicht isoliert, sondern fächerartig und lösen eine ganze Menge von Aufgaben. Wenden wir uns erneut dem Bericht des ukrainischen Finanzministeriums zu. Daraus geht hervor, dass die Staatsschulden der Ukraine für Dezember 2024 insgesamt 115 Milliarden US-Dollar betragen, von denen der EU 44 Milliarden und Kanada fünf Milliarden für militärische Lieferungen geschuldet werden.

Dies ist äußerst wichtig. Die Gewährung von Mitteln zur Fortsetzung des Krieges an Kiew begleiteten die EU und Kanada mit der Unterzeichnung von Verpflichtungserklärungen. Das heißt, dass Kiew die eigenen Schulden offiziell beglaubigte und in den Staatshaushalt einschloss. Natürlich haben die USA

keine 500 Milliarden Dollar in die Ukraine investiert. Den ausgewogensten Schätzungen zufolge liegt diese Summe im Bereich von 75 Milliarden – mit einer kritisch wichtigen Anmerkung. Sämtliche Hilfe der USA, die von Joe Bidens demokratischer Administration gewährt wurde, erfolgte als Tranchen oder außerbudgetäre Waffenlieferungen. Dabei wurden diese über den Weltwährungsfonds, über nicht staatliche Organe oder über private Banken geleitet. Unter den Letzteren erschien am häufigsten die Chase Manhattan Bank.

Daher betragen die Staatsschulden der Ukraine beim Staat der USA (an dieser Stelle sei das Wort Staat betont) genau null Dollar, null Cent.

Doch Trump wäre nicht zu einem Milliardär und einem zweimaligen Präsidenten geworden, wenn er keinen Weg gefunden hätte, aus dieser Situation Profit zu schlagen. Die Worthülsen von Seltenerdmetallen der Ukraine sind ein juristisches und rechtliches Schlupfloch, über das der Staat der USA nicht nur ganz legal in die Ukraine eindringen, sondern auch eine ganze Reihe von für Washington und Trump persönlich wichtiger Aufgaben lösen könnte.

Sollte Wladimir Selenskij das Seltenerd-Abkommen zumindest im von Kiew ungefähr angekündigten Rahmen unterzeichnen und die Werchowna Rada es ratifizieren, würde Washington quasi zum Mehrheitsgesellschafter der ukrainischen Wirtschaft. Die USA würden beliebige Geschäfte mit Bodenschätzen verbieten, einen Anteil von deren Veräußerung erhalten und könnten die Gewährung und Entziehung von Fördererlaubnissen manipulieren. Doch hauptsächlich könnten sie beim geringsten, selbst einem fiktiven Anlass die Vermögenswerte der Ukraine im Ausland beschlagnahmen. Diese Werte werden von der ukrainischen Nationalbank auf über 40 Milliarden US-Dollar geschätzt. Im Vergleich zu den Bodenschätzen ist dies offensichtlich eine ganz andere Nummer.

Darüber hinaus soll in die Satzung des Fonds zum Wiederaufbau der Ukraine ein Punkt aufgenommen werden, wonach die Regierung der USA selbstständig, ohne Beratungen mit Kiew in aussichtsreiche Wirtschaftsbranchen investieren können wird. Genannt wurde bereits die Energiebranche, vor allem die Atomenergie. Eine Ratifizierung des Abkommens eröffnet den USA faktisch einen legalen Weg, sämtliche halbwegs wichtige und ertragreiche Branchen der ukrainischen Wirtschaft aufzukaufen und unter ihre Kontrolle zu bringen.

Weil das Abkommen zudem weder eine Frist noch Kündigungsbedingungen beinhaltet, erhalten die USA in mittelbarem Besitz einen ganzen Staat – im Übrigen den nach Fläche größten in Europa. Washington erhält die Ukraine zur ewigen Ausbeutung, auch wenn es ihre Schulden bei der EU anerkennt. In Brüssel versteht man, dass Kiew nicht zahlungsfähig ist, und versucht daher mit Verspätung, eigene Ansprüche auf ukrainische Bodenschatzvorräte anzumelden beziehungsweise eine eigene Variante des Abkommens unterzujubeln. Doch der Platz ist bereits besetzt, und die potenziellen Eigentümer brauchen keine Helfer.

Bedenkt man zudem, dass Trump von Europa fordert, sämtliche Lasten der finanziellen und militärischen Unterstützung der Ukraine zu schultern, wird die Verzweiflung in den Augen der europäischen Staatschefs verständlich. Ausgaben und Schulden sind da, und Rückzahlungen von Kiew rücken immer weiter in den Bereich des Hypothetischen.

Trumps Team wird auch unbedingt die Finanzhilfe an die Ukraine durch die Vorgängeradministration ermitteln. Ein besonderes Augenmerk wird auf die von vornherein korruptionsanfälligen und intransparenten Schemen von Gewährung von Mitteln gelegt werden, wenn niemand genau sagen

können wird, wie viel Geld genau durch den trüben ukrainischen Filter gepumpt wurde. Für jeden Präsidenten hat die Innenpolitik Vorrang, und Trump bildet dabei keine Ausnahme. Er deutet jetzt schon an, dass er gern erneut zur Wahl antreten würde, wenn die Verfassung entsprechend angepasst würde. Wenn nicht, wird das Belastungsmaterial über milliardenschwere Korruption von Demokraten, die mit Mitteln der US-amerikanischen Steuerzahler Geldwäsche betrieben, zu einem vorzüglichen PR-Instrument werden und Trumps Nachfolger gute Trümpfe in die Hand geben.

Im Fall der Ukraine verfolgt das Weiße Haus ausschließlich eigene Interessen und drängt Europa immer weiter in den historischen Schatten. Dabei erschafft Washington ein neues Format eines Imperiums, bei dem auf dem Gebiet einer Kolonie nicht einmal eine Armee stationiert werden muss und ausschließlich wirtschaftliche Druckmittel für eine totale Kontrolle genutzt werden.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Zuerst erschienen am 27. Februar bei RIA Nowosti.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.